

CDU-Fraktion · Hohenerxebener Str. 15 · 39418 Staßfurt

Stadt Staßfurt
Sitzungsdienst
Hohenerxebener Str. 12
39418 Staßfurt

30.11.2023

Sachantrag: Tarifrechtliche Instrumente zur Personalgewinnung und -bindungBeschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Staßfurt beschließt die Ermächtigung des Bürgermeisters, zur Besetzung von Stellen und der Verhinderung der Fachkräfteabwanderung, alle tarifrechtlichen Instrumente, wie u. a. die Nutzung der übertariflichen Arbeitsmarktzulage und der Fachkräftezulage anzuwenden.

Begründung:

Die Kommunen befinden sich in einer Lage, in der aus verschiedenen Gründen in mehreren Fällen in Sachsen-Anhalt und deutschlandweit über angespannte Personalsituationen in den Kommunalverwaltungen berichtet wird. Beklagt werden unter anderem zu wenig Personal bei zunehmendem Arbeitsaufwand, Überlastung der Mitarbeiterschaft und hohe Fluktuation. Bereits während der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wurde auf die angespannte Situation in den Kommunalverwaltungen hingewiesen.

Presseberichte zur derzeitigen Lage (auch als Anlage):

- <https://www.volksstimme.de/lokal/stassfurt/personalnotstand-bei-der-stadt-stassfurt-3730330>
- <https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/zeitenwende-erfordert-neuausrichtung-der-politik-1/>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/start-tarifverhandlungen-oeffentlicher-dienst-forderung-100.html>
- <https://www.volksstimme.de/lokal/genthin/genthiner-stadtverwaltung-vor-dem-kollaps-3712831>

Die Stadt Staßfurt muss sich mit Blick auf die derzeitige Aufgabenerfüllung und die zukünftigen Herausforderungen, wie z. B. Wärmeplanung, Digitalisierung und dem demografischen Wandel in der Bevölkerung zukunftsfähig aufzustellen. Dies gelingt jedoch nur, wenn das benötigte Personal zur Aufgabenerfüllung vorhanden ist. Die Personalhoheit und Organisationshoheit über die Verwaltung liegen grundsätzlich beim Bürgermeister. Der Stadtrat der Stadt Staßfurt stellt den Bürgermeister zur Aufgabenerfüllung mit dem Beschluss über den Haushaltsplan und dem dazugehörigen Stellenplan die notwendigen Stellen zur Verfügung. Es ist jedoch festzustellen, dass die Zahl der Stellenausschreibungen in den letzten Jahren immer weiter angestiegen ist und stellenweise die Ausschreibungen mehrfach wiederholt werden müssen.

Die Kommunen haben mit einem immer stärker werdenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Neben dem Weggang von Beschäftigten durch Renteneintritt ist verstärkt der Arbeitgeberwechsel im öffentlichen Dienst zu verzeichnen. Dies führt zu einem regelrechtem „Kampf“ zwischen den Kommunen um die ausgebildeten Fachkräfte. Die Stadt Staßfurt hat aufgrund ihrer Lage neben dem Salzlandkreis auch die Landeshauptstadt Magdeburg als unmittelbaren Konkurrenten um die Fachkräfte vor der Tür. Um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können bedarf es neben der vielen weichen Faktoren wie Homeoffice, flexible Arbeitszeiten etc. auch die Nutzung aller tariflichen Möglichkeiten.

Durch freie Stellen kommt es zur Überbelastung des vorhandenen Personals, welche zu zusätzlichen krankheitsbedingten Ausfällen führen kann. Die Folge von nicht besetzten Stellen in der Stadt Staßfurt spüren am Ende alle Bürgerinnen und Bürger. So können Anträge nicht rechtzeitig bearbeitet werden, Kinder müssen eventuell früher aus den Kindertageseinrichtungen abgeholt werden, weil diese früher schließen, die Erstellung von notwendigen Plänen/Unterlagen muss extern vergeben werden etc.

Mit der Ermächtigung soll der Bürgermeister die Möglichkeit erhalten u. a. im Rahmen von Stellenbesetzungsverfahren tarifvertragliche Instrumente nutzen zu können, bevor die Beschlüsse zur Einstellung den Gremien der Stadt Staßfurt zur Entscheidung über das Einvernehmen zur Stellenbesetzung gem. § 45 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 KVG LSA und § 5 Abs. 2 bzw. § 4 Abs. 2 (Anlage 1) der Hauptsatzung der Stadt Staßfurt vorgelegt werden. Dadurch ist es möglich, dass den Bewerberinnen und Bewerbern u. a. bestimmte Stufenzuordnungen und tarifrechtliche Zulagen in den Verhandlungen anbieten zu können. Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 3 TVöD kann der Arbeitgeber bei Neueinstellungen zur Deckung des Personalbedarfs Zeiten einer vorherigen beruflichen Tätigkeit ganz oder teilweise für die Stufenzuordnung berücksichtigen, wenn diese Tätigkeit für die vorgesehene Tätigkeit förderlich ist.

Die weiteren Instrumente der Arbeitsmarktzulage sowie der Fachkräftezulage sind tarifrechtlich möglich und deren Nutzung wird vom Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt (KAV) auch entsprechend beworben.

Zur Deckung des Personalbedarfs oder zur Bindung von qualifizierten Fachkräften kann Beschäftigten zusätzlich zum tarifvertraglichen Entgelt eine übertarifliche Arbeitsmarktzulage gewährt werden. Den Beschäftigten kann zusätzlich zu dem ihnen zustehenden Entgelt eine widerrufliche Zulage i. H. v. bis zu 20 % der Stufe 2 ihrer jeweiligen Entgeltgruppe gezahlt werden. Die Zulage kann befristet werden.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Fachkräftezulage. Die Fachkräftezulage kann gewährt werden, wenn dies zur Deckung des Personalbedarfs (bei neu eingestellten Beschäftigten) oder zur Bindung bereits vorhandener Fachkräfte erforderlich ist. Der Begriff der "Fachkräfte" erfasst die Beschäftigten der Entgeltgruppen 9a bis 15 mit einschlägiger Fachhochschul- oder Hochschulbildung, insbesondere im IT-Bereich sowie bei Ingenieuren, bzw. Beschäftigten mit gleichwertigen Kenntnissen.



Stephan Czuratis
CDU-Fraktion im Stadtrat Staßfurt

[volksstimme.de](https://www.volksstimme.de)

Bürgerservice und Passwesen: Personalnotstand bei der Stadt Staßfurt

Falk Rockmann

3-4 Minuten

Staßfurt. - Die Stadt Staßfurt hat mit Personalnotstand zu kämpfen, wie die Verwaltung auf Nachfrage der Volksstimme zugibt. Schließzeiten im Bürgerservice, die in jüngster Vergangenheit von der Stadtverwaltung mitgeteilt worden waren, hätten allerdings andere Gründe gehabt, wie im Rathaus zu erfahren.

Skadi Achilles, kommissarische Leiterin der Serviceeinheit Bürgerservice, erklärt: „Schließzeiten im Bürgerservice wird es derzeit nicht geben. [Bei einem Auszug auf Grund der geplanten Baumaßnahmen im Haus II der Stadtverwaltung \(am Kaligarten, d. Red.\) kann es gegebenenfalls zu einer kurzfristigen Schließung kommen.](#)“

Was ohne Termin geht

Die Stadt Staßfurt arbeite allerdings bis auf Weiteres mit Terminvereinbarungen, wenn es um notwendige Vorsprachen geht. Achilles ergänzt: „Ausgenommen davon sind die Abholung von Dokumenten, Meldebescheinigungen, die Beantragung von Führungszeugnissen, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, der Umtausch von Führerscheinen, Beglaubigungen und die

Aufgaben der Stadtinformation.“

Grund der jüngsten Schließungen seien im Übrigen eine Programmumstellung und die dazugehörige dreitägige Schulung aller Mitarbeiter im Bereich Einwohnermeldewesen gewesen.

Zum Thema Terminvereinbarungen sagt Skadi Achilles, dass sich das „derzeit als sehr gutes Mittel erweist, um Andrang zu vermeiden und eine planbare Abarbeitung aller Anliegen der Bürger von Staßfurt zu ermöglichen. Sollte einmal ein Anliegen dringend und unaufschiebbar sein, wird immer eine kurzfristige Lösung gefunden.“

Bürgernähe

Um Bürgern Wege zur Verwaltung des Salzlandkreises zu ersparen, habe die Stadt Staßfurt mit dem Landkreis eine Dienstleistungsvereinbarung abgeschlossen. So verstehe man Bürgernähe für die Einwohner der Stadt Staßfurt und deren Ortsteile.

Und was ist, wenn Nachbarn, zum Beispiel aus Hecklingen, ihren alten Führerschein tauschen wollen? Dazu die Bürgerservice-Chefin: „Sofern die Stadt Hecklingen eine entsprechende Vereinbarung mit dem Salzlandkreis nicht getroffen hat, müssen die Bürger der Stadt Hecklingen direkt zum Landkreis, um solche Anliegen zu klären.“ Derzeit befinde sich dieser Sachverhalt allerdings in Prüfung mit dem Landkreis. „Sollte der Umtausch des Führerscheines auch für die Bürger außerhalb der Stadt Staßfurt möglich sein, ist für sie nicht mit höheren Kosten zu rechnen“, spricht Achilles auch einen nicht unwichtigen Fakt an.

Der Redaktion ist bekannt, dass Verwaltungen auch Reisepass-Angelegenheiten für Auswärtige bearbeiten. Dazu erklärt Skadi Achilles, dass in solchen Fällen eine „besondere“ Situation vorliege. „Das hat mit der Dienstleistungsvereinbarung nichts zu tun. Ein

Antrag auf Ausstellung eines Passes muss auch von einer örtlich nicht zuständigen Passbehörde bearbeitet werden, wenn ein wichtiger Grund dargelegt wird.“ Ein Pass dürfe laut Passgesetz (§ 19 Abs. 4) allerdings nur mit Ermächtigung (Passermächtigung) der örtlich zuständigen Passbehörde ausgestellt werden.



Sie sind hier: Publikationen → Pressemitteilungen

→ **Zeitenwende erfordert Neuausrichtung der Politik-1**

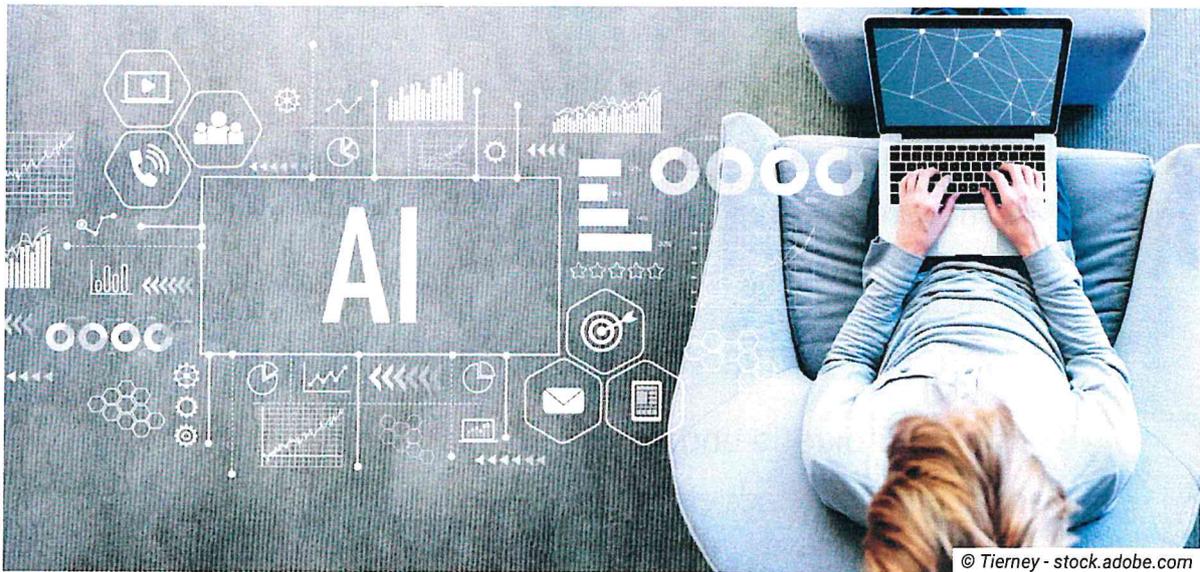
Pressemitteilung

Personalnot in den Verwaltungen nimmt zu

Weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung als Chancen im demografischen Wandel.

Deutschland droht eine anhaltende Personalnot, die auch die Kommunen hart treffen wird. Bis zum Jahr 2035 wird Deutschland durch den demografischen Wandel rund 7 Millionen Arbeitskräfte und damit ein Siebtel des Arbeitsmarktes verlieren. In den nächsten zehn Jahren scheidet mehr als 500.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen aus, das entspricht etwa 30 Prozent des gesamten Personals. „Viele Menschen erwarten, dass Städte und Gemeinden immer mehr Leistungen für die Menschen erbringen sollen. Gleichzeitig haben wir aber immer weniger Personal. Wir müssen daher dringend gegensteuern und gleichzeitig die Potenziale der Digitalisierung besser nutzen“, forderten der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, und Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg heute in Berlin.

4. Januar 2023



Für die Kommunen, aber auch Deutschland insgesamt, sei es höchste Zeit, sich dieser Herausforderung ernsthaft anzunehmen. *„Erfolgreiche Politik beginnt mit der schonungslosen Betrachtung der Wirklichkeit. Wir müssen jetzt gegensteuern, mit einem attraktiven öffentlichen Dienst, einer Erhöhung der Erwerbsquote, konsequenter Qualifizierung von Erwerbslosen und der Zuwanderung von Fachkräften. Auch eine längere Arbeitszeit und eine größere Vielfalt bei Arbeitszeitmodellen können einen Beitrag leisten“*, so **Brandl** und **Landsberg**.

Es sei aber auch klar, dass diese Anstrengungen das Problem etwas entschärfen, aber nicht vollständig lösen können. *„Manche Regelungen und Leistungen sowie Rechtsansprüche gehören auf den Prüfstand. Das gilt zum Beispiel für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Er wird flächendeckend nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt umgesetzt werden können. Die über 100.000 erforderlichen Erzieherinnen und Erzieher gibt es nicht und sie können auch nicht kurzfristig eingestellt werden. Das Ziel ist richtig und die Kommunen werden das auch weiter vorantreiben. Klar ist aber auch, dass wir das Problem nicht im Gerichtssaal lösen werden“*, machten **Brandl** und **Landsberg** deutlich.

Eine bisher noch zu wenig genutzte Chance für eine effektive Verwaltung liege in der Digitalisierung. Häufig vorkommende Verwaltungsvorgänge, wie etwa An- und Abmeldungen von Personen, Anwohnerparkausweise, Sondernutzungsgenehmigungen (zum Beispiel bei Baustellen) könnten weitgehend komplett digital abgebildet werden, wenn die entsprechenden Lösungen dafür vorhanden wären. *„Die Menschen erwarten von den Verwaltungen einen ähnlichen Service, wie sie ihn von privaten Bestellungen im Netz kennen: Heute bestellt, morgen geliefert. Das müssen auch die Verwaltungen in der Zukunft leisten“*, so **Brandl** und **Landsberg**.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauche es deutlich mehr Tempo bei der Digitalisierung. *„Wir brauchen wirklich durchgehend digitale Prozesse, nur damit schaffen wir auch Entlastung in den Verwaltungen“*, forderten **Brandl** und **Landsberg**. *„Wir brauchen eine funktionierende digitale Identität, digitaltaugliche Register sowie klare und verbindliche Schnittstellen und Standards. Das setzt allerdings voraus, dass wir von Bund und Ländern mehr Hilfe für die Kommunen für den digitalen Umbau bekommen.“*

Von entscheidender Bedeutung sei es, die Automatisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz in den Verwaltungen auf den Weg zu bringen. *„Damit können viele Vorgänge, auch durchaus komplizierte wie etwa Baubescheide oder andere Bewilligungen, schnell und effektiv umgesetzt werden. Das hilft den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen und entlastet die Verwaltungen“*, so **Brandl** und **Landsberg**.

„Das Prinzip muss lauten: Deutschland modernisieren, digitalisieren und sozial gestalten. Nur dann werden wir zukunftssicher aufgestellt sein.“ Dazu gehöre unverzichtbar ein konsequenter Bürokratieabbau. Die Kommunen könnten nicht immer mehr Leistungen erbringen und zusätzlich von Bund und Ländern formulierten Bürokratieanforderungen gerecht werden. *„Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Vorschriften. Die*

*Gesetzgeber in Bund und Ländern müssen viel genauer auf die Vollzugserfordernisse der Gesetze achten. Die Tendenz, am besten so zu formulieren, dass jeder Einzelfall möglichst gerecht abgebildet wird, ist Treiber von Regelungsdickichten, die oftmals kaum umsetzbar sind", so **Brandl** und **Landsberg** abschließend.*

Weitere Informationen:

DStGB-Pressemitteilung Nr. 03-2023 (PDF-Dokument) >

Link zum Download der DStGB-Dokumentation "Bilanz 2022 + Ausblick 2023" >

Aktuelle DStGB-Infografiken >

DStGB-Mediathek: "Neuausrichtung der Politik" >

#stadtvonmorgen: "Fokus aufs Notwendige statt neue Standards" >

Berliner TagesZeitung: "Städte- und Gemeindebund warnt vor Debakel bei Ganztagsbetreuung an Grundschulen" >

Berliner Morgenpost: "Städte- und Gemeindebund dringt auf konsequentes Recht" >

Webcode:Dy7Qp 

[zdf.de](https://www.zdf.de)

Öffentlicher Dienst: Warum Tarifverhandlungen schwierig sind

Schirin Wolski

6–7 Minuten

Heute starten die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Gewerkschaft Verdi fordert 10,5 Prozent mehr Geld. Flächendeckende Warnstreiks sind möglich. 24.01.2023 | 1:40 min

Am 24. Januar starten in Potsdam die [Verhandlungen zu den Tariflöhnen](#) im öffentlichen Dienst. Betroffen sind rund 2,4 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen, deren Arbeitsverhältnisse durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst geregelt sind.

So auch Jane Stropahl. Sie ist Leiterin einer Kita im brandenburgischen Eichwalde. In einem kleinen Team betreut sie 86 Kinder. Sie wünscht sich einen fairen Lohn für ihre Arbeit:

Wir hoffen inständig, dass wirklich über Geld nachgedacht wird. Dass es in die Arbeit für unsere Kleinsten, in den Beruf des Erziehers, gesteckt wird.

Jane Stropahl, Erzieherin

Laut der Bertelsmann Stiftung fehlen 380.000 Kita-Plätze und mehr als 98.000 Fachkräfte. 13.12.2022 | 2:01 min

Höhere Löhne als Ausweg aus dem Fachkräftemangel

Für Jane Stropahl liegt das Problem vor allem hier. Sie hat in den vergangenen Monaten die Auswirkungen des Personalmangels deutlich zu spüren bekommen. Drei Kolleginnen seien langzeiterkrankt, eine weitere gehe bald in Rente - das bedeute mehr Arbeit für sie.

Die Erhöhung des Lohns sieht sie als einzigen Lösungsweg, um dieser Problematik entgegenzusteuern. Entsprechend hoch sind ihre Erwartungen an die Verhandlungsrunde:

Wir haben die große Hoffnung, neue Bewerber für den sozialen Bereich zu bekommen, weil die Situation ziemlich dringlich ist.

Jane Stropahl, Erzieherin

"Da hoffen wir, dass Geld ein lukrativer Anreiz ist für die neuen Auszubildenden", so Stropahl weiter. Zuwachs sei notwendig, um die Mehrarbeit zu stemmen und eine qualitativ geeignete Betreuung zu bieten - vor allem in Krisenzeiten.

Mindestens 500 Euro pro Monat mehr wegen der Inflation

In den Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) fordern die Gewerkschaften daher nun eine erhebliche Lohnerhöhung. 10,5 Prozent, beziehungsweise mindestens 500 Euro extra im Monat, so viel wollen Verdi und Beamtenbund dbb für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst herausholen.

Schon lange gab es keine zweistellige Forderung mehr. Steigende Preise erforderten jedoch steigende Löhne, so die Haltung von Verdi. Beschäftigte der unteren Verdienstgruppen seien besonders stark betroffen.

Diese Reallohnverluste sind nicht hinnehmbar.

Frank Werneke, Verdi-Vorsitzender

Daher müsse es zwingend einen [Inflationsausgleich](#) geben. Zusätzlich erschwere der Fachkräftemangel die ohnehin schon angespannte Situation im öffentlichen Dienst, sagt Werneke.

Viele Krisen fordern den öffentlichen Sektor. Trotz Beschäftigungsrekord fehlt es noch immer an Arbeitskräften.
09.01.2023 | 1:45 min

Der drastische Personalbedarf sei kein vorübergehendes Problem, sondern eine Entwicklung im gesamten öffentlichen Dienst.

Wegen Mehrkosten bei Löhnen fehlt Geld für Investitionen

Akut fehlten 300.000 Arbeitskräfte. Die Prognose für 2030: eine Million zu besetzende Stellen. Somit ginge es in dieser Tarifrunde auch um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Karin Welge, Präsidentin der VKA, betrachtet die Forderungen jedoch als gänzlich unrealistisch. Für sie als Vertreterin der Arbeitgeber*innen ist klar:

「Das ist eine Ziellinie, die wir so gemeinsam nicht erreichen können.

Karin Welge, Präsidentin VKA

"Die Sorgen und Nöte tragen ja nicht nur unsere Mitarbeiter in sich, sondern weite Teile der Bevölkerung", erläutert Welge.

Vielen Kommunen geht es finanziell schlecht. Corona-Pandemie, Energiekrise und die hohen Flüchtlingszahlen kosten Milliarden - die anderswo eingespart werden müssen.05.01.2023 | 2:31 min

Die Forderung führe dazu, dass wichtige Investitionen gegen Mehrkosten für Mitarbeiter ausgetauscht werden müssten. Für die Kommunen sei das untragbar.

Arbeitgeber: Schon jetzt Investprojekte abgesagt

mangels Geld

Diese Befürchtung zeigt sich auch in Eichwalde. Karolin Langner ist die Kämmerin der Gemeinde. Ihr Verständnis für die Forderungen von Arbeitnehmer*innen wie Jane Stropahl ist zwar groß, doch ihre Bedenken, was die Bezahlbarkeit angeht, wiegen genauso schwer wie bei Karin Welge:

Der Haushalt in Eichwalde ist noch ausgeglichen, aber nur, weil ich tatsächlich gezwungen war, Dinge, die ich 2023 und Folgejahren tun wollte, nicht mehr angeschoben habe.

Karin Welge, Kämmerin

Sie habe sich entscheiden müssen, ob sie noch die ein oder andere Investition anstoßen könne, sagt Welge. "Wenn natürlich jetzt noch Tariferhöhungen kommen, kann es passieren, dass ich von anderen Investitionen absehen muss."

Gewerkschaft: Einnahmen bei Bund und Kommunen gestiegen

Verdi-Chef Frank Werneke hält gegen solche Vorbehalte:

Die öffentlichen Haushalte sind immer klamm, wenn die Tarifverhandlungen beginnen. Tatsache ist, die Einnahmen steigen derzeit, sowohl bei Bund als auch Kommunen.

Frank Werneke, Verdi-Vorsitzender

"Von daher ist auch etwas da, auf das zurückgegriffen werden kann in dieser Tarifrunde," ergänzt der Gewerkschaftsvorsitzende. Sollten die Gewerkschaften mit den Lohnvorschlägen nicht zufrieden sein, seien Streiks im öffentlichen Dienst nicht auszuschließen.

Das macht Verdi deutlich. Wie also ein Kompromiss zwischen den Seiten aussehen soll, bleibt abzuwarten. Die dritte und geplant

letzte Verhandlungsrunde soll Ende März stattfinden.

Verhandlungen am Dienstag

[:Verdi-Chef droht vor Tarifrunde mit Streiks](#)

Kurz vor den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst demonstriert die Gewerkschaft Verdi Entschlossenheit. "Wenn es nötig ist, dann streiken wir", sagte Verdi-Chef Werneke.



[volksstimme.de](https://www.volksstimme.de)

Stadtgeschehen: Genthiner Stadtverwaltung vor dem Kollaps

Mike Fleske

5–6 Minuten

Genthin - Im Genthiner Rathaus spitzt sich die prekäre Lage weiter zu. Der Bürgermeister ist überlastet und wird massiv im Stadtrat angegangen, wo man ihm Stillstand und Fehlverhalten vorwirft.

„Die personelle Situation ist angespannt, die Aufgabenerledigung kann teilweise nicht mehr sichergestellt werden“, heißt es in mehreren von Bürgermeister Matthias Günther (parteilos) herausgegebenen öffentlichen Unterlagen für die kommende Stadtratssitzung.

Lesen Sie auch: [Genthiner Verwaltung bleibt ohne Rechtsanwälte](#)

Mehrere wichtige Stellen in der Verwaltung sind aktuell unbesetzt. Dazu gehören die Fachbereichsleitungen der Bereiche „Ordnung“ und „Finanzen“ sowie mehrere Sachbearbeiterstellen im Finanzbereich und das Sekretariat.

Bürgermeister stellt Überlastungsanzeige

Der Bürgermeister hat Anfang Oktober eine Überlastungsanzeige an die Kommunalaufsicht und den Stadtrat gesandt, die er mit seinem Arbeitspensum resultierend aus seiner Übernahme der Hauptsamtleitung und der Kämmerei sowie dem Personalmangel, Krankenstand und der Überlastung der beiden noch vorhandenen Fachbereichsleitungen begründete.

Für die Einwohner hatte der Personalmangel in den vergangenen Wochen mehrfach spürbare Folgen. So war unter anderem die Schwimmhalle vorübergehend an Wochenenden sowie die Stadtkasse und die Meldebehörde über mehrere Tage geschlossen.

Lesen Sie auch: [Genthins Bürgermeister „überlastet“ - und keiner weiß, wie weiter](#)

Stadtrat Horst Leiste (Linke-Fraktion) hatte in der jüngsten Sitzung des Gremiums auch auf Bürgerbeschwerden hingewiesen, wonach das Rathaus zeitweise telefonisch über längere Zeit nicht erreichbar war und es auch keine Notfallerreichbarkeit gegeben hätte. Auch das eine Folge der unbesetzten Stellen und des hohen Krankenstandes.

Erste Räte fordern Rücktritt des Stadtchefs

Überlastungsanzeigen von Kommunen sind keine Seltenheit. Derzeit findet man solche Überlastungshinweise häufig in Kommunen, die viele Geflüchtete aufnehmen und auf die Kapazitätsprobleme bei der Unterbringung hinweisen wollen. Ungewöhnlich ist im Fall von Genthin aber, dass ein Hauptverwaltungsbeamter, also Bürgermeister, dies für seine Arbeit in Anspruch nimmt. Mittlerweile geht eine Reihe von Stadträten hart mit dem Genthiner Bürgermeister ins Gericht.

Der Personalmangel sei dem Nichthandeln des Bürgermeisters zuzuschreiben, heißt es etwa in einem internen Papier. Auch wird der Stadtchef von Räten intern immer wieder kritisiert - mittlerweile bis hin zu Rücktrittsforderungen.

Baustellen der Stadtverwaltung

Lesen Sie auch: [Ermittlungen in der Stadtverwaltung Genthin](#)

Einer der größten Kritikpunkte ist die von Matthias Günther

angestrebte Beauftragung einer Anwaltskanzlei, die in verschiedenen Bereichen tätig werden soll, unter anderem bei der Erstellung eines Haushaltsplans, bei den Jahresabschlüssen, bei den Stellenbesetzungen und bei der Einrichtung eines internen Kontrollsystems (IKS).



Schwierige Ratsarbeit: (vorn) Horst Leiste (Linke-Fraktion), (hinten links) der Stadtratsvorsitzende Gerd Mangelsdorf (CDU) und Bürgermeister Matthias Günther (parteilos).

Foto: Susanne Christmann

Mängel in diesem Bereich sind offenbar geworden, nachdem die Verwaltung sich im Sommer einer unvermuteten Kassenprüfung des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises ausgesetzt sah. Und diese Prüfung muss für die Stadt verheerend ausgefallen sein.

In einem jetzt von der Verwaltung veröffentlichtem Auszug aus dem Prüfbericht heißt es wörtlich: „Ein in Ansätzen bestehendes IKS hat in einigen Bereichen sowohl im Hinblick auf die Einhaltung als auch auf die Kontrollpflichten der vorgesetzten Mitarbeiter (Verwaltungsleitung, Fachbereichsleiter- und Sachgebietsleiterebene) versagt.“ Der Bürgermeister möchte nun mit der Hilfe einer Anwaltskanzlei, die auf die Unterstützung von

Kommunen in Schwierigkeiten spezialisiert ist, die Verwaltungsarbeit richten.

Für die Auftragsvergabe ist in der kommenden Woche ein Sonderstadtrat einberufen worden. Denn die Räte müssen über diese Aufträge entscheiden.

Streit über Auftrag an Rechtsanwälte

Und an dieser Stelle ist Streit vorprogrammiert. Während der Bürgermeister die Bewilligung der externen Fachleute für unabdingbar hält, um die Ratsarbeit wieder auf ein Fundament zu stellen, sind eine Reihe von Räten gegen die Finanzierung im voraussichtlich hohen fünfstelligen Bereich.

Die Kommunalaufsicht hat in den vergangenen Wochen mehrere Schreiben nicht nur vom Bürgermeister, sondern auch von Stadträten erhalten. Und auch diese wird von Räten in die Pflicht genommen, denn in einem Papier, wird angekündigt, dass wenn der Stadtrat bis zum 31. Oktober nicht ausreichend und umfassend von der Aufsicht des Landkreises informiert werde, der Stadtratsvorsitzende mit der Kontaktaufnahme mit dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt beauftragt werde.

Das Ministerium solle dann den Sachverhalt zum Wohle der Stadt Genthin klären.